

⇒ Markus Babo

Auf der Suche nach sozialethischer Orientierung in der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Die Autoren des >Forum Sozialethik« fragen nach Perspektiven

Dass die Zuwanderung einer größeren Anzahl an Menschen zu Ängsten in der Mehrheitsbevölkerung führen kann, ist ein bekanntes und sich in regelmäßigen Abständen wiederholendes Phänomen, das seit jeher für kurzsichtige politische Interessen instrumentalisiert wird. Die aufgeladene, mitunter menschenverachtende politische Rhetorik der Jahre 2015/16 um nationale Identitäten und Obergrenzen von Aufnahmekapazitäten bestimmt seitdem auch die Agenda der Politik. Vor diesem Hintergrund erweist sich ein kühler wissenschaftlicher Blick auf die Zusammenhänge als notwendig, um auf rationaler Grundlage eine Orientierung für eine langfristig tragfähige sach- und menschengerechte Politik zu entwickeln. Diesem Ziel verschreibt sich auch der vorliegende Sammelband, der im Kern auf eine im September 2016 veranstaltete Tagung von Nachwuchswissenschaftler*innen der Sozialethik zurückgeht und um weitere Beiträge aus benachbarten Disziplinen ergänzt wurde.

Der Band ist dem Titel entsprechend in drei Teile gegliedert, die sich den Themenkomplexen ›Zuflucht‹, ›Zusammenleben‹ und ›Zusammengehörigkeit‹ aus unterschiedlicher Perspektive nähern. Die erste Fragestellung nach der Gestaltung von Flucht eröffnet die Philosophin Katja Neuhoff: Gerade angesichts der um Lastenabwehr und -verteilung kreisenden und unter dem unsäglichen Stichwort ›Obergrenze‹ populistisch höchst aufgeladenen politischen Debatte stellt sie die prioritär zu beantwortende moralphilosophische Frage nach Ansprüchen unterschiedlicher Zuwanderergruppen und den damit kor-

Andreas Fisch / Myriam Ueberbach / Prisca Patenge / Dominik Ritter (Hg.) (2017): Zuflucht – Zusammenleben – Zugehörigkeit? Kontroversen der Migrations- und Integrationspolitik interdisziplinär beleuchtet (Forum Sozialethik; 18), Münster: Aschendorff. 461 S., ISBN 978-3-402-100646-4, EUR 24,80.

DOI: 10.18156/eug-1-2018-rez-3

respondierenden Verpflichtungen der Staaten(gemeinschaft), denen sich die Politik endlich zu stellen habe (29–49).

In eine ähnliche Richtung weist der Beitrag des Juristen Hendrik Cremer, der herausarbeitet, dass das durchaus berechtigte Interesse souveräner Einzelstaaten

0,00

an einer Steuerung der Zuwanderung im Bereich des Flüchtlingsrechts auf Grenzen stößt und menschenrechtlich gebunden bleibt (51–62). Will man hinter diesen Standard nicht mehr zurück, wird die Politik andere Umgangsformen mit Flüchtlingsherausforderungen suchen müssen als altbackene und bereits vor Jahrzehnten gescheiterte Maßnahmen der weiteren Abschottung, Asylrechtsverschärfung und Abschiebung.

Immerhin hat die Politik auf dem Höhepunkt der sogenannten >Flüchtlingskrise die Fluchtursachenbekämpfung als neues Zauberwort entdeckt – was auch immer man im Einzelnen darunter versteht. Diesem Thema widmen sich die folgenden drei Beiträge (63-146). Zunächst hinterfragt der Sozialethiker Andreas Fisch angesichts des im Januar 2017 vom Bundesentwicklungsministerium aufgelegten Marshallplans mit Afrika, ob durch verstärkte Entwicklungszusammenarbeit, die vorrangig auf Armutsbekämpfung und Arbeitsbeschaffung setzt, erzwungene Migration wirklich eingedämmt werden kann. Gerade angesichts des Klimawandels bestehe letztlich »nur die Wahl zwischen geplanter, verhältnismäßig sicherer Migration oder ungeplanter, mit erhöhter Verletzlichkeit verbundener Migration« (86). Geht man davon aus, dass Kriege und Konflikte die primären Fluchtursachen darstellen, müsse eine fluchtpräventive Entwicklungszusammenarbeit in eine umfassende und langfristig angelegte Krisenpräventionspolitik eingebettet werden, was durch Zweckvereinbarungen mit afrikanischen Diktatoren zur kurzfristigen Flüchtlingsabwehr freilich wieder konterkariert werde (63-93).

Daran anschließend zeigt die Theologin *Annett Mutke* am Beispiel Libyens, wie eine nicht nur humanitär, sondern auch ideologisch motivierte Außenpolitik westlicher Demokratien dieses Land nach dem Fall Gaddafis im Kern so destabilisiert hat, dass es zu einem wichtigen Transitland für Flüchtlinge aus Afrika werden konnte (95–119).

Eine langfristig orientierte Fluchtursachenbekämpfung setzt einen Paradigmenwechsel in der europäischen Politik voraus. Wie die Sozialwissenschaftlerin *Judith Kopp* aufzeigt, wird man den überkommenen imperialen Geist austreiben und auf eine faire und gerechtere Welt(wirtschafts)ordnung setzen müssen (121–146). Die bisherigen Maßnahmen der EU (sc. Fluchtursachenbekämpfung durch Entwicklungspolitik in Verbindung mit der Bekämpfung illegaler Migration) hätten nämlich letztlich nur dazu geführt, den Graben zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil der Erdhalbkugel noch weiter zu vertiefen.

Rationale Analyse und die daraus resultierende Kritik bestehender Praxis bieten in der Regel die Chance, langfristig gerechtere Verhält-



nisse zu schaffen. Die Krisenrhetorik der Jahre 2015/16 geriet jedoch völlig außer Kontrolle und forderte kurzfristigen politischen Aktionismus geradezu heraus, wie der Soziologe *Korbinian Zander* in seinem Beitrag zu der bislang leider viel zu wenig reflektierten Rolle der Massenmedien bei der Wahrnehmung und dem Umgang mit der >Flüchtlingskrise< überzeugend nachweist (161–177). Dieser Herausforderung sollten sich neben den Medien auch andere gesellschaftliche Akteure stellen.

Im zweiten Teil des Sammelbandes steht mit der Frage nach dem Gelingen von Integration die zweifellos zentrale gesellschaftliche Aufgabe der kommenden Jahre im Fokus. Zunächst stellt die Politikwissenschaftlerin *Andrea Borkowski* (181–197) die Ergebnisse einer in Erlangen durchgeführten empirischen Untersuchung der Bedarfe geflüchteter Menschen in den Bereichen Unterbringung und Aufnahme, Gesundheitsversorgung, Bildung, Arbeit, Freizeit und Begegnung sowie Information und Beratung vor mit dem Ziel, »inkludierende Strukturen zu identifizieren, die dem Empowerment der Geflüchteten dienen und folglich Grundlagen für eine *gelingende Integration* bereiten« (183; Herv. i.O.). Damit Integration im ureigenen Interesse aller in Deutschland lebenden Menschen gelingen könne, sei eine enge Kooperation von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft unter Einschluss der Geflüchteten erforderlich.

Der immer noch viel zu wenig beachteten Rolle der Religion bei der gesellschaftlichen Inklusion widmet sich die Religionswissenschaftlerin Elisabeth Zissler (211-232). Sie legt dar, dass auch säkulare Gesellschaften nicht auf das integrative Potenzial von Religionen verzichten können, was freilich die wissenschaftliche Theologie ebenso wie die offiziellen Repräsentanten von Religionsgemeinschaften vor die Herausforderung stelle, mit Pluralität umzugehen, damit ein friedliches Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft gelingen könne. Einer ebenfalls bislang zu wenig beachteten Gruppe, sc. älter gewordenen Zuwanderern, widmet sich der Soziologe Michael Wolff (233-255). Er vergleicht die Lebenslagen älterer Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland auf der Basis ihres jeweiligen Einkommens und Vermögens, ihrer Gesundheit und ihrer Wohnsituation, um daraus zu lernen, wie Integration gelingen und Fehler der Vergangenheit vermieden werden können. Obwohl er Menschen mit Migrationshintergrund generell eine gute bis sehr gute Integration in den untersuchten Bereichen bescheinigt, beobachtet er auch materielle Nachteile, erhöhte gesundheitliche Gefährdungsaspekte und eine Schlechterstellung im Bereich der Wohnsituation, was korrigierende (sozial-)politische Interventionen zugunsten der älteren Zuwanderer-



generation erforderlich mache. Inklusion sei eben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und keineswegs eine einseitige Bringschuld der Zugewanderten.

Führt Zuwanderung zu Ängsten und Unsicherheitsgefühlen in Teilen der Mehrheitsbevölkerung, so betrifft dies fast immer die innere Sicherheit und die Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnraum. Diesen beiden Themen widmen sich die folgenden zwei Beiträge des Bandes. So zeigt der Kriminologe *Christian Walburg* (269–291), dass die Risiken für die innere Sicherheit »massiv überschätzt« (288) werden: Geflüchtete fielen in der Regel nicht durch erhöhte Kriminalität auf; es bleibe aber Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft, durch die Ermöglichung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe allen Zuwanderern – selbst jenen mit geringer Bleibechance – eine Perspektive zu bieten, um ein Abgleiten in Kriminalität zu verhindern.

Die Theologen *Michael Brugger* und *Wolf-Gero Reichert* analysieren in ihrem Beitrag die Hintergründe und Konsequenzen, die sich aus der Befürchtung von Angehörigen niederer sozialer Positionen im Hinblick auf eine durch Zuwanderer verstärkte Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnraum ergeben (293–321). Sie führen diese auch auf die Globalisierung und eine mangelnde Repräsentanz der Interessen dieser Menschen im öffentlichen Raum zurück und fordern deshalb auf der Basis der sozialethischen Kriterien Beteiligung, Befähigung und Erweiterung von Kirchen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Interessen aller Schwachen zu organisieren und ihnen im öffentlichen Diskurs Gehör zu verschaffen.

Eine weitere Sorge von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft ist die Furcht vor einer Veränderung gesellschaftlicher Identität durch Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen. Diese Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt steht im Mittelpunkt der Beiträge des dritten Teils des vorliegenden Sammelbandes. Zunächst analysiert der Sozialethiker *Andreas Fisch* mit der Gesetzestreue gegenüber dem freiheitlichen Rechtsstaat bei Ernst-Wolfgang Böckenförde, dem Verfassungspatriotismus bei Jürgen Habermas und der Leitkultur bei Norbert Lammert drei gängige Vorstellungen gesellschaftlichen Zusammenhalts und fordert auf dieser Basis mehr Entschiedenheit bei der produktiven Verarbeitung sozialer Spannungen, mehr Fairness beim Austragen von Konflikten und mehr Gelassenheit beim gelebten Umgang mit Grundrechten als drei wichtige Voraussetzungen überzeugender gesellschaftlicher Verständigungsprozesse (325–355).

Im Hinblick auf traditionalistische und exklusivistische Vorstellungen eines »christlichen Abendlandes«, zu dessen Verteidigung sich selbsternannte »Ritter« berufen fühlen, macht der Theologe und Journalist



Lars Schäfers, gestützt auf den Philosophen Rémi Braque, eine exzentrische Identität Europas aus, die ihre Wurzeln in der römischen Praxis der Aneignung des Fremden habe. Ein solches Selbstverständnis Europas als kulturell plural und offen könnte, so Schäfers, auch zum Schlüssel für eine andere, sach- und lösungsorientiertere Debatte um Flucht und Zuwanderung werden (357-382). In einem weiteren Beitrag untersucht der Theologe Dominik Ritter Gastfreundschaft und Willkommenskultur aus ethischer Perspektive, um daraus Schlussfolgerungen für gelingende Integration zu ziehen (397–427). Abschließende Überlegungen der Herausgeber zur Diskrepanz zwischen dem ethisch Geforderten und der politischen Umsetzung (431-457) runden eine durchweg anregende Lektüre ab. Aufgelockert und bereichert zugleich wird das umfangreiche Werk durch vier Streitgespräche, die sich gleichmäßig über den Sammelband verteilen und aktuelle politische Kontroversen zur Bedeutung von Politik und Kirche als Akteure der Einwanderungsgesellschaft (147–160), zur Rolle von Bildung und Bildungseinrichtungen bei der Integration (199-209), zur grundsätzlichen Bewertung von Zuwanderung als Bereicherung bzw. Bedrohung (257–267) sowie zur Irritation von Identität durch Migration widerspiegeln (383-396).

Auf diese Weise bietet das vorliegende Buch trotz der Heterogenität der einzelnen Beiträge eine Fülle von Perspektiven und Einsichten aus unterschiedlichen Disziplinen, die sehr zur Rationalisierung des politischen Diskurses beitragen können und wichtige Anregungen zum Nach- und Weiterdenken liefern. Gerade angesichts der in Deutschland immer noch unterentwickelten Migrations- und Flüchtlingsforschung besteht darin der eigentliche Wert des vorliegenden Sammelbandes. Bedauerlich bleibt freilich, dass der durchaus überschaubare sozialethische Forschungsstand zum Thema weder erfasst noch verarbeitet wurde. Grundlegend neue Erkenntnisse wird man deshalb nicht erwarten dürfen. Zu wünschen aber bleibt, dass auf dem begonnenen Niveau an den Themen intensiv weitergearbeitet wird.

Markus Babo, *1969, Prof. Dr. theol., M.A., Katholische Stiftungshochschule München, Fakultät Soziale Arbeit (markus.babo@kshm.de).

Zitationsvorschlag:

Babo, Markus (2018): Rezension: Auf der Suche nach sozialethischer Orientierung in der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Die Autoren des >Forum Sozialethik« fragen nach Perspektiven. (Ethik und Gesellschaft 1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«). Download unter: https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2018-rez-3 (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft ökumenische zeitschrift für sozialethik

1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«

Christoph Deutschmann

Die Marx'sche Klassentheorie – oft totgesagt, aktueller denn je

Peter Bescherer

Deklassiert und korrumpiert: Das Lumpenproletariat als Grenzbegriff der politischen Theorie und Klassenanalyse von Marx und Engels

Christian Grabau
Gleichheit und Gleichgültigkeit

Matthias Möhring-Hesse

Gerechtigkeit ermöglichen. Politische Ethik und materialistische Gesellschaftsanalyse

Markus Rieger-Ladich

Mundgeruch und Achselschweiß. Ideologiekritik nach Marx

Bruno Kern

Karl Marx im Zeitalter der Ökologie

Andreas Mayert

Marx, Ökomarxismus und Postwachstumstheorie

Philipp Geitzhaus

Karl Marx grüßt die Politische Theologie. Zur Kritik der neuesten politischen Theologie